

1. Mai 2007

„den freien Fall der Löhne stoppen“

Starke Beteiligung, kämpferische Stimmung - Helmut Jung: „Es gibt viele zu packen, tun wir's ihnen an!“

Der DGB-Vorsitzende greift die große Koalition an	1
Der OB prangert die Niedriglöhne an... ..	3
...will aber auf den Protest der Fahrer nicht eingehen	3
Jürgen Kerner: Kampf auch in der Metall-, Elektro-, Druck-, Papierindustrie, im Einzelhandel und bei der Telekom.....	5
„Wie viel CDU steckt im Augenblick schon in Franz Müntefering?“	6
Interessante Randerscheinungen	7
Überregionales.....	8

Augsburg, 22.5.2007. Die 1. Mai-Demonstration und Kundgebung war dieses Jahr mit über 2000 Teilnehmern ungewöhnlich stark. Sie war geprägt von den Forderungen kämpfender Belegschaften, aber auch von politischer Kritik an der Sozialpolitik der Koalitionsregierung im Bundestag. Der Anspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf politische Gerechtigkeit und „faire Beteiligung an den Gewinnen“, auf „gutes Geld für gute Arbeit“ stand im Mittelpunkt der Kundgebungsreden.

Der DGB-Vorsitzende greift die große Koalition an

Der DGB-Vorsitzende Helmut Jung betonte, – für die Medien „ganz langsam zum mitschreiben“ – „der 1. Mai ist und bleibt der Tag für eine gerechte, lebenswerte und friedvolle Welt auch bei uns in Deutschland. Denn die Menschen haben mehr verdient, mehr Respekt, mehr soziale Sicherheit, und gute und vernünftig bezahlte Arbeit.“ Er bezeichnete die Unionsparteien und die SPD als „so genannte Volksparteien“, die „keine Unterstützung der Bevölkerung“ hätten. Das Misstrauen gegenüber diesen Parteien habe sich leider bewahrheitet mit der Rente mit 67 und mit der seit 1. April 2007 gültigen Gesundheitsreform. „Wir Arbeitnehmer wollen, brauchen und stehen für Reformen. Aber wir wollen Reformen, nach denen es uns besser geht und nicht schlechter [...] Die Menschen in unserem Land haben es satt, dass unser Land durch Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben in arm und reich gespalten wird und dass ihnen das alles auch noch als notwendiges Übel der Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs verkauft wird.“

Helmut Jung: „Und ich erinnere unsere Abgeordneten aus Augsburg: Über dem Deutschen Reichstag in Berlin steht *Dem deutschen Volke zum Wohle*. Es steht nicht dort *Dem deutschen Aktionär, dem Bankier und der Börse zum Wohle*...“

Helmut Jung kritisierte die Anhebung des Renteneintrittsalter auf 67 Jahre scharf. „Wie soll denn das funktionieren [...] lieber Genosse Müntefering, liebe Abgeordnete aus Augsburg von der SPD und CSU? Sagt uns doch bitte, wo sind die Arbeitsplätze, an denen zukünftig Männer wie Frauen bis 67 arbeiten können? Zeigt uns doch die Unternehmen, die heute noch Menschen über 60 beschäftigen.“

Die DGB-Jugend dankte den 11 SPD-Abgeordneten, die die Rente mit 67 abgelehnt hätten. (Übrigens: Heinz Paula gehörte nicht zu den 11 Abgeordneten).

Linus Förster gab das Lied „Hey boss“ zum besten, wo ein Arbeiter sein Geld versoffen hat: „deshalb: hey boss, ich brauch mehr Geld“. Ist das das Arbeiterbild der Landtags-SPD und ihr Argument für eine Lohnerhöhung?

Eine Schwäche der Augsburger Kundgebung war, dass die gewerkschaftliche Kampagne „Kein Lohn unter 7,50 Euro pro Stunde“ nicht massiv präsent war und auch in den Reden – soweit wir es mitbekommen haben – nicht vorkam. In Gelsenkirchen sprach sich der DGB-Vorsitzende Sommer am 1. Mai sehr deutlich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus:

„Wenn wir heute für soziale Gerechtigkeit demonstrieren, dann ist derzeit unser wichtigstes Ziel die Abschaffung von Armutslöhnen. Millionen arbeiten in diesem Land für Hungerlöhne. Sie haben etwas gelernt, sie arbeiten hart und sie können sich und ihre Familien doch von ihrem Lohn nicht über Wasser halten. Das ist und bleibt ein sozialer Skandal. Jeder Tag, der ins Land geht, ohne dass etwas dagegen getan wird, ist einer zuviel. Das Problem ist bekannt. Wir haben die Lösung benannt. Und jetzt ist es an der Zeit zu handeln. Solange sich der Friseurladen in Thüringen weigert, seinen Friseurinnen und Frisuren mehr als 3,50 € zu zahlen, oder Wachmänner für fünf Euro beschäftigt werden, solange also Land auf und Land ab Arbeitgeber ihre Beschäftigten mit Hungerlöhnen ausbeuten, so lange bleibt der Staat gefordert, zu handeln. Und zwar jetzt. Wir brauchen auch keine Kombilöhne à la CDU, die doch nichts anderes sind, als die Tatsache, dass die Allgemeinheit das Ausbeutertum auch noch finanziert. Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne. Niemand in diesem Land soll für weniger als 7,50 € in der Stunde arbeiten müssen. Das ist alles andere als üppig. Es ist das absolute Minimum. Dieser Mindestlohn zerstört keine Arbeit, sondern ist ein gutes Instrument zur Bekämpfung von Schwarzarbeit. In zwanzig europäischen Ländern gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Selbst in den USA wird er gerade drastisch erhöht. Nur Deutschland ist mal wieder Schlusslicht, wie bei den Kinderkrippen auch. Unsere Mahnung an die verantwortlichen Politiker heißt: Der Mindestlohn ist kein Wahlkampfthema für 2009. Es ist notwendig, ihn jetzt, im Jahr 2007 einzuführen.“

Die bundesweit massive Agitation des DGB am 1. Mai führte dazu, dass sich die politische Auseinandersetzung um einen *einheitlichen, gesetzlichen* Mindestlohn in den Wochen unmittelbar nach dem 1. Mai verschärfte. Auch hier spielt die SPD eine ungute, ja schäbige Rolle, indem sie nämlich tatsächlich die Einführung eines Mindestlohns verhindert.¹ Die Linksfraktion hat den Text einer



Bundesweit kontrolliertes und einheitliches Auftreten der SPD auf den Mai-Kundgebungen. Eine Festlegung auf eine konkrete Höhe des Mindestlohns und die direkte Unterstützung der DGB-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde sollte wohl unbedingt vermieden werden. Bild: Mai-Kundgebung in Augsburg 2007

¹ *Presseerklärung von Werner Dreibus, Bundestagsabgeordneter der Linksfraktion, Berlin, 9. Mai 2007*

SPD und CDU verweigern Aussprache zum Mindestlohn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag möchte ich euch darüber informieren, dass die Regierungsparteien heute erneut eine parlamentarische Entscheidung zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns verhindert haben. Die Linksfraktion hat bekanntlich die entsprechende Unterschriftenaktion der SPD wortgleich als Antrag in den Bundestag eingebracht. Nachdem die Regierungsmehrheit schon eine Abstimmung im Bundestag verhindert hat, haben die Abgeordneten von Union und SPD heute im zuständigen Arbeits- und Sozialausschuss erneut eine Debatte und eine Abstimmung verhindert. Wir sind besonders enttäuscht, dass die anwesenden Mitglieder der SPD-Fraktion, unter ihnen auch hauptamtliche GewerkschafterInnen (Klaus Brandner, Andreas Steppuhn) und bekennende Parteilinke (Andrea Nahles), geschlossen eine Abstimmung über ihre eigene Mindestlohnforderung verhinderten. Offenbar wollte man sich in den Reihen der Sozialdemokratie unmittelbar vor der Bremer Landtagswahl nicht vollends unglaubwürdig machen.

Ich stelle fest, dass die SPD offenbar nicht wirklich an einem Durchbruch beim Mindestlohn interessiert ist. Sie handelt höchstens noch im Interesse der eigenen Umfragewerte, aber nicht sozial im Interesse der Millionen von ArbeitnehmerInnen, die auf den Mindestlohn warten. Die Sozialdemokraten tun so, als ob sie einen Mindestlohn wollen, verhindern aber aktiv seine Einführung. Sie täuschen und hintergehen damit ihrer WählerInnen und die Bevölkerung. Die CDU hat einmal mehr ihr kategorisches Nein zum gesetzlichen Mindestlohn deutlich gemacht.

Unterschriftenkampagne der SPD für Mindestlöhne *wortgleich* im Bundestag als Antrag eingebracht – die SPD verhinderte mit der Union eine Befassung!²

Der OB prangert die Niedriglöhne an...

Der Oberbürgermeister übernahm in seinem Grußwort den Part, die Niedriglöhne anzuprangern. Zur Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehöre es auch:

„[...] dass sie von ihrer Hände Arbeit leben können. Ohne Almosen des Staates. Deshalb ist es notwendig, den freien Fall der Löhne zu stoppen. Stundenlöhne von 3,50 Euro oder ein bisschen mehr für Friseurinnen oder Lagerarbeiter, für Kellner oder Landarbeiterinnen sind und bleiben ein Skandal. Zweieinhalb Millionen Menschen in Deutschland arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen 40 Stunden in der Woche für Löhne, von denen sie nicht leben können. Fast eine Million braucht zusätzlich Geld von der Arbeitsagentur oder dem Sozialamt. Das muss aufhören. Die Kommunen dürfen nicht als Ersatzkassen der Wirtschaft missbraucht werden.“³

Kommentar eines Busfahrers: „Da kannst Du gleich bei der VGA anfangen“. Die wütenden Proteste der Fahrer der Verkehrsbetriebe, die mit starken Delegationen anwesend waren, konnte Wengert nicht überhören. Die krassen Lohnsenkungen, die die Leitung der Stadtwerke den Fahrern der AVG durch Tariffucht und Auslagerung in eine eigene Gesellschaft verpasst hatten sowie auch immer krassere Arbeitsbedingungen im Schichtbetrieb durch zu wenig Personal führten zu lang anhaltenden gellenden Pfiffen auf der Kundgebung.

...will aber auf den Protest der Fahrer nicht eingehen

Wengert ging allerdings nicht auf die Proteste ein sondern verlegte sich in seinem Grußwort darauf, die beabsichtigten Auslagerungen und Lohnkürzungen bei der Telekom anzusprechen. Die Fahrer der Verkehrsbetriebe hatten sich schon von ihren Plätzen erhoben und waren drauf und dran, nach vorne zu kommen. Deshalb musste der DGB-Vorsitzende Jung im Anschluss an die Rede des OB deutlich werden:

Lieber OB Wengert, lieber Paul,

auf der Mai-Kundgebung sind weit über 100 Beschäftigte der Augsburgener Verkehrsbetriebe. Und wir Augsburgener verlangen von unseren Bus- und Straßenbahnfahrern, dass sie uns ausgeruht, freundlich und vernünftig zur Arbeit und zur Schule bringen. [...] wer täglich unsere Kinder zur Schule und von der Schule nach Hause bringt, hat vernünftige Arbeitsbedingungen und vernünftige Bezahlung verdient, damit er sich Augsburg nicht als Standort sondern als Lebensraum leisten kann, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Oberbürgermeister.

Unmittelbar darauf kam Wolfgang Hunja, Vertrauensleutesprecher der Verkehrsbetriebe, zu Wort:

Wir in Augsburg, einmal die AVG und die Verkehrs-GmbH, die den Nahverkehr in Augsburg betreiben, wir wollen dass diese beiden Betriebe wieder in einem Betrieb beieinander sind. Ja und zwar wollen wir dies in dem neuen Tarifvertrag des Nahverkehrs, der ab Anfang des Jahres

Solange es eine Große Koalition in der Bundesrepublik gibt, werden wir auf den entscheidenden Durchbruch warten müssen. Der gesetzliche Mindestlohn entwickelt sich zum Offenbarungseid für die Sozialdemokratie. Sie muss jetzt Farbe bekennen. Im Parlament gibt es eine Mehrheit für den Mindestlohn. Wir fordern von der SPD, dass sie diese Mehrheit nutzt.

Armut darf nicht arm machen. Wer Vollzeit arbeiten geht, muss mindestens so viel in der Tasche haben, dass er oder sie nicht zusätzlich Geld vom Staat für den Lebensunterhalt beziehen muss. Dafür steht heute und in Zukunft DIE LINKE. im Bundestag, an der Seite der Gewerkschaften!

² Antrag der Linksfraktion vom 27.3.2007 *Deutschland braucht Mindestlöhne* Drucksache 16/4845
<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604845.pdf>

³ <http://www2.augsburg.de/index.php?id=10422>

Gültigkeit hat. Die AVG fährt zur Zeit unter einem Tarifvertrag des LBO ⁴ und die Verkehrs-GmbH fährt unter dem Tarifvertrag Nahverkehr. Zwischen diesen beiden Tarifverträgen gibt es einen Lohnunterschied zwischen 300 und 540 Euro. Und ich glaube, ihr seid alle meiner Meinung, 500 oder 540 Euro, das ist sehr viel Geld. Und da stellt sich bei mir die Frage, welchen Sinn hat die Arbeit, wenn der Lohn zum Leben nicht mehr reicht?

Dann verlas der Vertrauensleutesprecher eine Resolution an den Oberbürgermeister, an die Fraktionen im Stadtrat und die Geschäftsführung der Stadtwerke Augsburg und übergab die von 100 ver.di-Mitgliedern unterzeichnete Resolution dem OB:

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. Mai demonstrieren weltweit Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für soziale Rechte und vernünftige Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir, die Beschäftigten der beiden städtischen Verkehrsgesellschaften, AVG und Verkehrs-GmbH, demonstrieren heute auch, weil wir genau um diese Bedingungen in unserem Betrieb fürchten.

Das Grundprinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt in unserem Betrieb schon seit Gründung der AVG nicht mehr. Durch den im letzten Jahr abgeschlossenen Tarifvertrag Nahverkehr Bayern bietet sich jetzt diese Chance, genau dieses Prinzip wieder herzustellen. Deshalb fordern wir von der Geschäftsführung und der Politik: Zusammenführung der AVG und Verkehrs-GmbH noch in diesem Jahr und Einführung des Tarifvertrag Nahverkehr für beide Unternehmen. Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass wir endlich wieder in Ruhe unserer Arbeit, nämlich Menschen sicher und zuverlässig zu befördern, nachgehen können. Das tun wir am Liebsten.

Ihre ver.di-Mitglieder vom städtischen Nahverkehr.

Anzumerken ist, dass der massive Protest der bei ver.di organisierten Fahrer, verstärkt noch durch eine am 8. Mai begonnene Dauermahnwache am Rathausplatz Erfolg hatte und eine Zusage von den Verantwortlichen bei Stadt und Stadtwerken erwirkte, dass die beiden Nahverkehrsunternehmen wieder vereinigt und der Tarifvertrag Nahverkehr anerkannt werde. ⁵



⁴ Tarifvertrag des privaten Omnibusgewerbes in Bayern, der ca. 25 – 30% unter dem Niveau der Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes liegt. Ver.di schreibt in einem am 1. Mai verteilten Flugblatt: „Die Geschäftsführung der Stadtwerke versuchte in den letzten Jahren mehrmals, die Verkehrs GmbH in die AVG und dort bestehenden schlechteren Tarif zu überführen. Das haben wir, auch mit politischer Unterstützung, verhindern können.“

⁵ Vereinbarungen des Tarifvertrag Nahverkehr, der am 1. Jan 2007 in Kraft trat

- Grundlage ist der Tarifvertrag für die kommunalen Versorgungsbetriebe (TV-V)
- Sicherung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden
- weitestgehende Absicherung der Einkommen der derzeit Beschäftigten
- Sicherung der Jahressonderzahlung in Höhe von 100 % eines Monatsentgeltes
- Sicherung des Zusatzurlaubs für besonders belastete Berufsgruppen
- Verständigung über Eingruppierungskatalog und Erschwerniszuschläge
- Regelung der besonderen Arbeitszeiten für das Fahrpersonal

Der DGB-Vorsitzende Helmut Jung wußte als ehemaliger Juso schon scharfe Töne anzuschlagen:

Die Beschäftigten der Stadtwerke haben dabei: „Wenn unser starker Arm es will, dann stehen alle Busse und Trambahnen still.“ Es gibt sicherlich welche, die sagen, mit diesen alten Sprüchen, die sind von gestern und vorgestern, kann man nichts bewegen. Gut, machen wir's moderner. Machen wir eine Anlehnung an die Werbebranche. Die Firma Esso hat geworben: „Es gibt viel zu tun, packen wir's an!“ Für uns Arbeitnehmer gilt in den nächsten Tagen und Wochen: „Es gibt viele zu packen, tun wir's ihnen an!“

Jürgen Kerner: Kampf auch in der Metall-, Elektro-, Druck-, Papierindustrie, im Einzelhandel und bei der Telekom

Auch andere Tarifbewegungen wurden auf der Kundgebung angesprochen, so zusammenfassend vom IG Metall-Bevollmächtigten Jürgen Kerner:

Samstag Nacht ist die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie abgelaufen. 400 Betriebsräte und Vertrauensleute haben mit einem Feuerwerk bei MAN Diesel die heiße Phase unserer Tarifrunde eingeläutet. Auch im Einzelhandel, in der papierverarbeitenden Industrie treten wir auf der Stelle. In der Druckindustrie endet die Friedenspflicht heute am 1. Mai. Im Bereich der Telekom droht gar ein Arbeitskampf. Kolleginnen und Kollegen, überall das gleiche Bild. Die Beschäftigten fordern mehr Lohn und Gehalt, und die Arbeitgeber halten sich die Taschen zu, damit ihnen das Geld nicht rauskullert. Sie mauern sich ein bei den Verhandlungen, sie wollen nichts geben. Im Einzelhandel geht es um eine Erhöhung der Einkommen um 125 Euro und um ein existenzsicherndes Einkommen von 1500 Euro. In der Druckindustrie und in der Papierindustrie geht es wie bei uns, den Metallern, um eine Forderung von 6,5% mehr. Im Bereich der Telekom, Kolleginnen und Kollegen, da geht es nicht ums Bekommen, da geht's ums Geben. Hier steht die Tarifpolitik Kopf. 50 000 Mitarbeiter sollen länger arbeiten, weniger verdienen und besseren Service leisten!

Der Kollege Torsten berichtete aus der Papierindustrie: „In mehr als acht regionalen und drei zentralen Verhandlungsrunden haben wir kein Ergebnis erzielen können, weil die Arbeitgeber mit gezinkten Karten spielen.“ In der Woche vor dem 1. Mai habe die Gewerkschaft das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt. „Besonders ärgerlich ist in dieser Tarifrunde, dass wir es mit kulturlosen Gesellen zu tun haben auf der anderen Seite. Die Arbeitgeber arbeiten mit Taschenspielertricks und verunglimpfen unsere Verhandlungsführer in der kleinen Verhandlungskommission. [...] Ich sage deshalb sehr deutlich, wer den Wind sät wird Sturm ernten.“ Die Arbeitgeber verlangten weitgehende Öffnungsklauseln, z.B. die Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich und ohne Beschäftigungsgarantie. Die Arbeitgeber wollten die Entgelte absenken, selbst wenn sie die Investitionen ins Ausland verschieben und das tarifliche Weihnachts- und Urlaubsgeld sollte jederzeit gestrichen werden können... 750 Beschäftigte bei UPM Kymene, ehemals Haindl, seien betroffen, und noch nie hätten sich so viele Kollegen aus der Papierfabrik an der 1. Mai-Kundgebung beteiligt.

-
- Örtliche Besonderheiten können in eigenen tarifvertraglichen Regelungen vereinbart werden
 - Einkommen werden auf dem Stand der Tabellen des TV-V für zwei Jahre eingefroren, dazu gibt es Einmalzahlungen:

2006: 300 Euro (geleistete Zahlungen werden angerechnet)

2007: 400 Euro (nicht für Neueingestellte MA im Jahr 2007)

2008: 800 Euro für alle Mitarbeiter

Beim Fahrpersonal beginnt eine Abschmelzung der Differenz zwischen dem derzeitigen Fahrdienstzuschlag und den entsprechenden Zuschlägen nach dem neuen Tarifvertrag ab 2008 in jährlichen Schritten. Der Einmannfahrer- und U-Bahnfahrerzuschlag bleibt ohne Abbau statisch erhalten. Für die übrigen Beschäftigten gibt es zeitlich begrenzte Übergangsregelungen für Entgeltbestandteile, die der neue Tarifvertrag anders regelt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 31.12.2008. „Nach drei Jahren Verhandlungen haben wir nicht nur für drei Jahre die Einkommen gesichert, sondern auch für die Zukunft einen verträglichen Kompromiss erreicht. Wir haben nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben und auch Zugeständnisse machen müssen. Dennoch sehen wir in dem Ergebnis einen für beide Seiten vertretbaren Kompromiss“, bewertete Siegi Kreuzer, ver.di Fachbereichsleiterin Verkehr für Bayern, die Verhandlungen.

Detailliertere Informationen über die Vereinbarung von ver.di mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern am 18.8.2006 unter

http://bayern.verdi.de/fachbereiche/verkehr/oeffentlicher_nahverkehr_bayern_tarifverhandlungen_erfolgreich

Er rief zu einer überregionalen Kundgebung der IG Bergbau, Chemie und Energie am 14. Mai in Augsburg auf um für die Schlichtung am 15. Mai Druck zu machen.

Nachrichtlich:

Am 17. Mai lag ein Ergebnis vor, nach dem die 44 000 Beschäftigten der deutschen Papierindustrie rückwirkend zum 1. Mai 3,2 Prozent mehr Lohn erhalten. Zusätzlich gibt's für Juni 2007 eine Einmalzahlung von 95 Euro. Dies ein Beispiel, dass auch kleine Branchen mit ganz wenig und stark gestreuten Betrieben kämpfen können und wollen.

Am 2. Mai streikten 380 Arbeiter der Früh- und Spätschicht des Automobilzulieferers ArvinMeritor, auch Erhardt + Leimer wurde bestreikt. Bei Osram kamen am 3. Mai 600 Beschäftigte dem Aufruf zum Warnstreik nach, bei Eberle 100. Am 4. Mai wurde bei EADS und Renk gestreikt. Die IG Metall schafft einen Abschluss von über 4%, musste sich aber auf eine Verlängerung der Laufzeit und 1,7% im nächsten Jahr einlassen was für 19 Monate einen Mittelwert von 3,8% ergibt.

Über 180 Mitarbeiter der Telekom gingen vor der Urabstimmung auf die Straße. Am Oberhauser Bahnhof legten sie sich als Sklaven in Ketten, die vom neuen Telekom-Chef René Obermann mit der Peitsche angetrieben wurden. Inzwischen verschärft sich der Konflikt beim größten europäischen Telekommunikationskonzern heftig. Für den 23. Mai sind erneut tausende zum Streik aufgerufen, darunter der Servicebereich in Bayern mit allen Standorten, also auch Augsburg.

In der Bauindustrie konnte erst in der dritten Maiwoche und nur mit Schlichtung ein Abschluss von 3,5% ab Juni 2007 erreicht werden. Der Tarifvertrag läuft allerdings in niedrigeren Stufen bis März 2009, was die Bauarbeiter einem gewissen Wolfgang Clement als Schlichter zu verdanken haben.

In der Druckindustrie mauern die Arbeitgeber bis auf den heutigen Tag. Ver.di Bayern sagt, es gebe mehr Hektik in der Branche und weniger Leute, man habe „eine gute Lohnerhöhung“ verdient. Die Belegschaften kontern mit einer Welle von Warnstreiks, die heute auch die Süddeutsche Zeitung und die Augsburger Allgemeine erfassen sollen.

Die auffallend vielen Transnet-Fahnen im Demonstrationszug werden einem erst jetzt klar, wo ein großer Bahn-Streik ansteht. 7% mehr bzw. 150 Euro für die unteren Einkommensgruppen lautet die Forderung von Transnet gegenüber dem Bahnkonzern, der im vergangenen Jahr über zwei Milliarden Euro Gewinn ausgewiesen hat. Auch hier kursieren Drohungen des Personalvorstands, die DB Verkehrsgesellschaften auszuliedern und Personal unter Tarif zu beschäftigen.

„Wie viel CDU steckt im Augenblick schon in Franz Müntefering?“

Schon im Vorfeld des 1. Mai gab es in Bayern einen scharfen Konflikt zwischen dem DGB und der SPD. Der bayerische DGB-Vorsitzende Schösser verteidigte die Ausladung von Florian Pronold und drei weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten durch den bayerischen DGB als Hauptredner bei 1.-Mai-Kundgebungen. Er sagte: „Der Tag der Arbeit ist nicht dazu da, dass Politiker ihre Entschuldigungen vortragen, was im letzten Jahr alles nicht ging.“ Im übrigen weise die SPD zwar immer die Verantwortung für umstrittene Reformentscheidungen der Union zu. Mit Blick auf den Bundesarbeitsminister sagte Schösser jedoch: „Aber die Frage ist tatsächlich: Wie viel CDU steckt im Augenblick schon in Franz Müntefering selbst?“

Pronold, inzwischen Sprecher der Landesgruppe Bayern in der SPD-Fraktion im Bundestag und Mitglied des Fraktionsvorstands hetzte: Die „große Masse“ der Gewerkschaftsfunktionäre stünde der Linkspartei ablehnend gegenüber. Es gebe aber „Leute in herausgehobenen Gewerkschaftspositionen, die zum Teil auch im Bundestag für die Linkspartei sitzen, die aus dem großen, starken DGB eine kleine, kommunistische Sektenorganisation machen wollen“. Und: „Sie fühlen sich wohl, große Reden zu halten und rote Fahnen zu schwenken – aber interessieren sich nicht dafür, ob man damit real etwas für die Menschen ändern kann.“⁶

⁶ nach Augsburger Allgemeine 30.4.2007

Interessante Randerscheinungen

Erfreulich ist, dass der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt und erstmals auch die VVN vom DGB eingeladen waren, auf dem Kundgebungsgelände einen Infostand aufzubauen. Die VVN kam erstmals mit einer eigenen Zeitung heraus: *Augsburgs lokale antifaschistische Nachrichten*.⁷

Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt bot die neue *Tarantel, Zeitschrift für Kultur von unten* an, zu deren Redaktionskreis auch verschiedene Augsburger Autoren zählen.⁸



Der Infostand der VVN Augsburg wird genutzt, um für ein NPD-Verbot zu unterschreiben.

Die Augsburger Allgemeine bemühte sich gekonnt in ihrer Bildberichterstattung, die Masse der Demonstranten und Kundgebungsteilnehmer auszublenden und nur einzelne und einzelnes zu zeigen.

Die Arbeitsloseninitiative verteilte einen Spendenaufruf, da sie seit der Amtszeit von OB Menacher keine Zuschüsse mehr erhält. Eine unwürdige Praxis, die Rotgrün offenbar beibehält. Stattdessen muss die Arbeitsloseninitiative monatlich 154,50 Euro Miete an die Stadt Augsburg zahlen.

Vor allem türkische, linke Migranten mischten sich aktiv in die Kundgebung ein.

Die Kommunistische Partei Griechenlands verteilte einen EU-feindlichen Aufruf: „Einzig realistische Alternative für die Völker Europas ist der Kampf für die Loslösung von der EU, der Kampf, der den Weg der europäischen Kooperation zum Vorteil der arbeitenden Menschen öffnet.“

Die Linkspartei gab in einem Flyer zu den Kommunalwahlen 2008 bekannt: „Wir treten an! DIE LINKE.Augsburg wird mit einer eigenen Liste

bei der Kommunalwahl in Augsburg antreten, vielleicht auch mit einem eigenen OB-Kandidaten.“ Ein offenes Verfahren für eine linke Sammlungsbewegung und ein Angebot an Migranten und Initiativen ist das wahrlich nicht. An das Konzept PDS/Linke Liste vom letzten Kommunalwahlkampf soll wohl nicht angeknüpft werden.

Neben der einzigen konkreten Forderung „Einführung eines Sozialpasses“ weiß *Die Linke* nicht viel über Kommunalpolitik, so z.B. zum genannten Programmpunkt *Integration im Dialog mit den Beteiligten* gleich rein gar nichts! Und beim Programmpunkt *Umwelt und Verkehr* ist man „für einen massiven Ausbau des Nahverkehrs“ – na Donnerwetter! Gut in Erinnerung allerdings hat die Linkspartei noch: „Um zur Wahl zugelassen zu werden brauchen wir nach dem bay. Kommunalwahlgesetz 470 Unterstützungsunterschriften“. Und sie bittet gleich vorsorglich um „Mithilfe“. Man könnte daraus schließen, dass diese Augsburger Gruppierung nach dem Motto gestrickt ist: „Wir haben zwar nichts zu bieten und wir wollen auch niemand dabei haben, aber wir wollen auf jeden Fall reinkommen!“

⁷ **AUGSBURGS LOKALE ANTIFASCHISTISCHE NACHRICHTEN Ausgabe Mai/2007**

Inhalt: Warum diese Kampagne? • Für ein Verbot der NPD • Was versteht nun die NPD unter Globalisierung? • Buchtipps • Landgericht Stuttgart: Anti-Nazi Symbole sind erlaubt! • Warum ein Verbot der NPD nötig und möglich ist • Veranstaltungshinweis • Links

http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/vvn_nachrichten/antifanachrichten2007_1%20.pdf

⁸ die Augsburger Mitglieder des Redaktionskollektivs sind Ibrahim Kaya, Bratislav Rakic, Peter Schinke und Michael Tonfeld. Bezug der *Tarantel* gegen Einsendung von Briefmarken von 4,35 Euro bei Michael Tonfeld, Drosselweg 1a, 86156 Augsburg

Überregionales

Erwähnt werden muss der schon traditionelle revolutionäre 1. Mai in Nürnberg, zu dem auch eine Reihe Teilnehmer aus Augsburg führen. 3000 Linke aus ganz Bayern marschierten dort „gegen Kapital und Nazis“. ⁹ Bundesweit gab es neben den vielfältigen DGB-Kundgebungen eine ganze Reihe linksradikaler Vorabenddemos, Demos zur Verhinderung von Naziaufmärschen, „Euromayday“-Paraden, Autonome/„Revolutionäre“ 1. Mai-Demos und sozialrevolutionäre Blöcke in den DGB-Demos.

Es würde sich lohnen, die 1. Mai-Aktionen europaweit und international zu recherchieren – was wir hier nicht tun können. Man braucht z.B. nur nach Zürich zu Blicken, um dort Berichte von bürgerkriegsähnlichen Zuständen in einer rauchverhangenen City zu finden ¹⁰, oder nach Istanbul, wo sich die Werktätigen trotz massiver Angriffe von Polizei und Militär das Demonstrationsrecht nahmen (1000 Werktätige wurden verhaftet, viele verletzt). ¹¹ Zum „Tag des Frühlings und der Arbeit“ wurden in Moskau zu insgesamt vierzehn angemeldeten Demonstrationen und Veranstaltungen bis zu 50.000 Menschen erwartet. Der größte Demonstrationzug wurde von den Gewerkschaften organisiert. In Los Angeles wurden die zunächst friedlichen Mayday-Aktionen von Polizeikräften brutal attackiert als sich eine immigrant right's rally mit 10.000 Demonstranten in einem Park sammelte. Ohne Vorwarnung stürmten die Truppen mit Gas, Schlagstöcken und Salven von Gummigeschoßen in den Park, voll mit Familien und Kindern, Obdachlosen, Behinderten und Straßenverkäufern. „They were merciless“ – sie waren gnadenlose – berichtet ein Augenzeuge bei la.indymedia. ¹²



USA: Mayday-Aktionen 2007, Quelle: indymedia.us

Peter Feininger

⁹ <http://de.indymedia.org/2007/05/174483.shtml>

¹⁰ <http://dissentnetzwerk.org/node/2244>

¹¹ <http://de.indymedia.org/2007/05/175195.shtml>

¹² <http://la.indymedia.org/news/2007/05/197806.php> Weitere Berichte aus den USA bei <http://indymedia.us/en/feature/archive.shtml> Page 44